



KKV

Verband der Katholiken
in Wirtschaft und Verwaltung e.V.

Finanz- und Wirtschaftskrise

Neuorientierung auf der Basis der
katholischen Soziallehre?

- Weihbischof em. Dr. Franz Grave
- Prof. Dr. Wim Kösters
- Minister Dr. Helmut Linssen
- Dr. Hans Reckers

16

Dokumentation

KKV-Herbstforum am 9. November 2009
in Essen

KKV Diözesanverbände

Essen e.V.,

Aachen, Köln, Münster, Paderborn

Inhalt

Grußwort zum 16. KKV-Herbstforum	4
Begrüßung	6
<u>Statements</u>	
Weihbischof em. Dr. Franz Grave	9
Prof. Dr. Wim Kösters	13
Minister Dr. Helmut Linssen	18
Dr. Hans Reckers	25
Schlusswort.....	29
Ein Verband stellt sich vor.....	32

Grußwort zum 16. KKV-Herbstforum

Sehr verehrte Teilnehmende des Herbstforums!
Liebe KKVer!

Die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Auswirkungen des globalen Klimawandels führen uns tagtäglich vor Augen: Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist kein Automat, der – einmal programmiert – stets zum Wohl der Menschen, zumal der Armen und Benachteiligten abläuft. Es ist eine Christenpflicht, die Not der Menschen mit individuellen und karitativen Mitteln zu lindern. Es ist aber auch eine Christenpflicht dafür zu sorgen, dass dort, wo risikobehaftete Finanzoperationen oder ausbeuterische Systeme die Freiheit und Würde des Menschen mit Füßen treten, Veränderungen und Reformen aus dem Geist des Evangeliums vorgenommen werden.

Die Ereignisse der letzten Zeit lassen uns alle deutlich spüren: Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedarf einer ständigen Anpassung, Neujustierung und Korrektur. Unsere Wirtschaftsordnung bedarf eines wachen Auges und des christlichen Engagements, damit sie dem Menschen dient und nicht umgekehrt.

Konkret heißt dies, dass wir als Christinnen und Christen nicht zulassen dürfen, dass vermeintliche wirtschaftliche Zwänge und vordergründiges Fortschrittsdenken zur Abschaffung moralisch-ethischer Traditionen und Werte führen. Wer zum Beispiel den Sonntag abschaffen und Menschen als bloße Produktionsressourcen behandeln will, der muss mit einem entschiedenen Widerstand von Christen rechnen. Wer unsere Familien und die Bildungsträger des Landes nur noch als Zuliefererunternehmen für die Wirtschaft versteht, nach deren Bedürfnissen sich alle Lehrpläne und Studiengänge orientieren müssen, um die dort gewünschten „Qualitäten“ abzuliefern, der muss zu hören bekommen, worin wirklich der Wert und die Qualität des Menschen und seiner Arbeit gründet.

Angesichts solcher und ähnlicher Verzerrungen wird deutlich, wie wichtig Verbände wie der KKV für unsere Gesellschaft sind. Denn Sie alle sind eine Art Seismograf, der solche Auswüchse erkennt, anzeigt und auf deren Korrektur drängt.

Für Ihr Engagement danke Ich Ihnen und wünsche Ihnen für unser Volk, unser Land und unsere Kirche eine segensreiche Tagung!

Ihr

A handwritten signature in black ink, reading "Franz Vorrath". The script is cursive and fluid, with a small cross at the beginning of the first word.

Franz Vorrath
Weihbischof

Begrüßung

Reinhard Schaffrick, Vors. KKV-Diözesanverband Essen

Zu unserem 16. KKV-Herbstforum heiße ich Sie alle hier im Haus der Technik herzlich willkommen.

Unser heutiges Thema:

Finanz- und Wirtschaftskrise? (Fragezeichen)

Neuorientierung auf der Basis der katholischen Soziallehre? (Fragezeichen)

Dieses Herbstforum wird in der Kontinuität der vorherigen Formen durchgeführt, nämlich finanz- und wirtschaftspolitische Vorgänge zu analysieren und unter dem Gesichtspunkt christlicher Lebensansprüche zu betrachten.

Unser Diözesanadministrator Weihbischof Franz Vorrath grüßt Sie und uns wie folgt:

Grußwort

Der Weihbischof hat in seinem Grußwort eine große Anzahl uns heute beschäftigender Fragen und Themen angerissen.

Damit wir diese Fragen und Themen umfassend erörtern können, dazu gehört ein hervorragend besetztes Podium, welches wir heute bei uns zu Gast haben.

Frau Jona Teichmann, im richtigen Leben Leiterin der Hörfunk-Programmgruppe Regionales im WDR-Studio Düsseldorf. Frau Teichmann wird dieses Forum heute moderieren. Wir begrüßen Sie ganz herzlich und freuen uns auf Ihre Moderation.

Wir begrüßen ganz herzlich Weihbischof Franz Grave. Herr Weihbischof wir danken Ihnen, dass Sie unsere Einladung angenommen haben und dass Sie uns heute, wie schon so oft, gar nicht oft genug, die christliche Sicht zu dem Thema des heutigen Forums nahebringen. Ich sage ausdrücklich die christliche Sicht, denn die katholische Soziallehre ist nicht nur für die Katholiken da, sondern für alle, die Wirtschaftsvorgänge unter christlichen Gesichtspunkten bewerten. Herzlichen Dank, dass Sie bei uns sind.

Herr Prof. Dr. Wim Kösters wird uns als Mitglied des Vorstandes des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung erläutern können, warum Theorie und Praxis manchmal so weit auseinander

liegen, oder auch nicht? Die Nähe, die Sie in Ihrer täglichen Arbeit zu der agierenden Bundesregierung haben, lässt die Probleme vielleicht doch differenzierter erscheinen. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen.

Herr Finanzminister Dr. Linssen, Sie müssen alles ausbaden, die Kritik, die guten Ratschläge und Sie sollen auch die guten Lösungen finden und in Gang setzen, damit nach der entsetzlichen Zeit des Herbstes 2008 alles viel besser wird. Hier sitzen Sie als Landesfinanzminister bestimmt auch manchmal zwischen den Stühlen. Heute bei uns sitzen Sie, so hoffe ich, fest auf einem Stuhl, wir heißen Sie herzlich willkommen.

Ja, wenn das liebe Geld nicht wäre.

Ginge das überhaupt? Würde die Finanzwelt und würde die Wirtschaft überhaupt funktionieren?

Offensichtlich versteht niemand so richtig, ich glaube auch manchmal die Fachleute selbst nicht, was um sie herum passiert ist, bzw. zum Teil immer noch passiert.

Und noch weniger wird offensichtlich verstanden, dass viel weniger schief gelaufen wäre, wenn man christliche Unternehmens- und Handlungsprinzipien im Vorfeld der Krise angewandt hätte.

Damit wir heute etwas mehr verstehen werden und vor allem, damit wir erfahren, wie zukünftiges Handeln auszusehen hat, dazu haben wir Herrn Dr. Renkers als ehemaligen Präsidenten der Landeszentralbank Hessen und als ehemaliges Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank eingeladen und begrüßen Sie in dieser Runde herzlich.

Der KKV-Diözesanverband Essen wäre gar nicht in der Lage, diese Veranstaltung alleine zu stemmen.

Dazu bedarf es massiver idealer und finanzieller Unterstützung unserer langjährigen Partner, und zwar der Diözesanverbände aus Aachen, Köln, Münster und Paderborn, des Fördererkreises für Bildungsarbeit des KKV e.V., der Pax-Bank Essen und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Alle Vertreter und Gäste unserer Partner möchte ich ganz herzlich begrüßen und Ihnen allen meinen Dank für Ihr Engagement aussprechen.

Bleiben Sie uns weiter gewogen, dann werden auch die nächsten KKV-Foren ein voller Erfolg.

Ich bedanke mich auch bei Ihnen, die Sie alle unsere Einladung angenommen haben.

Ihr großer Zuspruch zeigt uns, dass wir in der richtigen Spur sind und das richtige Thema mit den richtigen Referenten gewählt haben.

Ich möchte nun Herrn Dr. Reuber von der Konrad-Adenauer-Stiftung das Wort zur Begrüßung erteilen und dann an Frau Teichmann zur Moderation weitergeben.

Herzlichen Dank und einen guten Verlauf dieses Forums, mit für Sie nachhaltigen Ergebnissen.

Weihbischof em. Dr. Franz Grave

Aus der Sicht der Kirche

Meine Damen und Herren, nachdem die Sache so gelaufen ist heute Abend, wie sie gelaufen ist, lege ich das Manuskript beiseite. Das wird Sie nicht überraschen, weil ja im Grunde das Gerüst der katholischen Soziallehre mit ihren Prinzipien hier schon in sehr eindrucksvoller Weise eingeführt worden ist. Ich möchte keine Dubletten heute Abend anschließen, weil wir ja auch noch Zeit haben wollen zur Diskussion. Deshalb versuche ich aus der Perspektive des Seelsorgers einige Punkte zu nennen, die im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Rolle spielen müssen, weil sie eine Rolle spielen bei den Menschen.

Ich bin nach meiner Emeritierung im vergangenen Jahr in eine große Pfarrei unseres Bistums gegangen und arbeite dort als Seelsorger mit den übrigen Mitbrüdern und den Hauptamtlichen in der Pastoral tätigen Laien. Da erlebe ich, ähnlich wie eingangs schon bemerkt wurde, ein gespaltenes Bild auf die Frage, ob denn die Problematik, ob die Krise die Menschen erreicht hat.

Auf der einen Seite erlebe ich eine starke Gruppe von Leuten, die die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die ja heute auch hier ausgefaltet wurden, nicht verstehen. Ich selbst muss mir übrigens auch viel Mühe geben, um die ökonomischen Zusammenhänge annähernd zu verstehen. Das ist keine Diskreditierung einer hoch anzusehenden Wissenschaft, wenn ich das so formuliere, sondern ich will mit dem Hinweis darauf aufmerksam machen, man muss wissen, wovon man spricht, damit man auch eine Bewertung vornehmen kann. Das ist für den Theologen in besonderer Weise wichtig.

Aber das ist eine Erfahrung, die ich fast täglich mache, dass die Problematik, die uns heute hier zusammengeführt hat, für viele keine Rolle spielt, noch nicht recht ins Blickfeld geraten ist. Aber es wäre eine starke Einseitigkeit, wenn ich sagen würde, das ist das Bild insgesamt. Ich erlebe auch sehr deutlich geradezu existenzielle Fragen, Besorgnisse der Menschen. Was wird aus meinem Arbeitsplatz? Wie wird es möglich sein, dass wir für unseren Jungen eine Ausbildungsstelle, einen

Ausbildungsplatz bekommen? Wie ist es mit meiner Rente? Und vieles andere mehr, was in dieser Spur sich ansiedeln kann.

Aus dieser Erfahrung kann ich deutlich sagen, die Kirchen sind gut beraten, wenn sie die existenziellen Fragen der Leute ernst nehmen. Ich bin nicht der Meinung, dass wir als Kirche die Antworten geben können und dürfen, die von den Wissenschaften, insbesondere von der Ökonomie her zu geben sind. Hier hätten wir qua Kirche das Gespräch mit den Fachleuten zu suchen, aber keine falschen Übergriffe zu machen. Diese Bemerkung ist auch deshalb notwendig, damit es keine Verteufelungen in der Verkündigung am Sonntag für Manager oder für Verantwortliche in der Politik oder sonst geben darf. Davon halte ich überhaupt nichts.

Eine schnelle Verurteilung am Sonntag in vollbesetzter Kirche geht einem unter Umständen leicht über die Zunge, ist aber eine große Verantwortungslosigkeit. Hier denke ich, ist Gerechtigkeit, Sachgerechtigkeit und ein gut begründetes Abwägen unbedingt notwendig. Das ist in gewisser Weise so aus der Perspektive des Seelsorgers an der Basis. Wir schleppen die Probleme, die ich etwa mit dem Stichwort Angst benennen möchte, mit uns herum und selbst bei dem gespaltenen Meinungsbild dürfen wir die Gruppe der Leidenden nicht übersehen. Das sind dann ja oft auch die Leute, von denen wir sagen können, sie stehen am Rande unserer Gesellschaft, sie haben ihre wirtschaftlichen und anderen Sorgen und die Kirchen sind dazu da, dass sie die Option für die Armen natürlich nicht in Zweifel geraten lassen, sondern dass sie an der Seite der Armen stehen, ohne die Reichen zu verteufeln.

Ich möchte weiter auf eine Beobachtung aufmerksam machen, die mir in den letzten Monaten zu schaffen gemacht hat. Ich habe selten ein Wort so häufig gehört wie das Wort „Krise“. Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Umweltkrise, Krise, Krise, Krise, so dass ich mir sagte, wir stolpern von einer Krise in die andere und dafür gibt es natürlich Gründe, einige sind ja heute benannt worden, die im System liegen, aber es gibt natürlich auch Gründe, die in den Personen, in den Individuen liegen. Ich habe mir die Frage gestellt, ist es nicht auch die Krise in den Köpfen und Herzen der Menschen. Wenn das so ist, dann hieße das ja vielleicht doch, dass Krisen nicht nur im System begründet liegen und da ihre Ursache haben, sondern dass wir auch eine Revision der Gesinnung und der Einstellung und der gebrochenen Einstellungen zu Ethik und ethischen Prinzipien haben.

Das, glaube ich, ist eine Frage, die wir in unserem Zusammenhang mit den Kirchen gemeinsam diskutieren müssen: Wie können wir die Krise in den Köpfen der Menschen ernst nehmen und wie können wir sie versuchen zu bewältigen? Das heißt für mich drittens, dass die Wirtschaft natürlich und das ökonomische Leben kein ethikfreier Bereich sein kann. Also es kommt darauf an, denke ich, dass wir ethische Prinzipien vermitteln. Es ist für die Ökonomie auch notwendig, dass es ein ethisches Fundament gibt, das trägt. Wie das konkret aussehen kann und aussehen muss, das ist sicherlich auch noch einmal eine wichtige Frage, die wir weiter bedenken müssen.

Wir dürfen das Thema ja heute Abend nicht beschließen, aber ich denke, dann muss noch einmal darüber diskutiert und nachgedacht werden, was ist Verantwortung. Der Begriff Verantwortung ist ein schillernder Begriff, aber wenn ich von der Bedeutung des Wortes ausgehe, steckt zumindest drin, dass die Handlungsträger Antwort geben müssen auf die Fragen von anderer Seite, dass also Verantwortung beinhaltet, dass Verantwortungsträger rechenschaftspflichtig sind für das, was sie tun. Rechenschaftspflichtig gegenüber ihren Kunden, rechenschaftspflichtig gegenüber dem Gemeinwohl, rechenschaftspflichtig und verantwortlich gegenüber dem eigenen Gewissen und – nach unserer christlichen Auffassung – natürlich rechenschaftspflichtig und verantwortlich vor Gott.

Ich möchte für diesen interdisziplinären Dialog zwischen den Kirchen und den Volkswirtschaften und den Fachwissenschaften noch auf ein anderes Problem aufmerksam machen, das allerdings in der Bevölkerung und in unseren Gemeinden eine große Rolle spielt. Das wurde vorhin schon angedeutet, das ist die Frage: Wer zahlt das eigentlich alles? Wer zahlt die Schulden? Wer tritt dafür ein? Ist das eigentlich gerecht, wenn wir heute unsere Schulden vertagen auf die Zukunft und wenn die zukünftige Generation unsere Schulden zahlen muss, heißt das nicht, wir leben auf Pump und wir überlassen die Tilgung späteren Generationen.

Wir machen der Zukunft die Zukunft eng und die Entfaltungsmöglichkeiten der jungen Menschen auch. Mir ist bei diesem Thema immer wieder der Gedanke gekommen, ist diese Art des Zugriffs, des egoistischen Zugriffs auf die Zukunft hin nicht doch im Endeffekt auch ein sich versündigen am fünften und siebten Gebot? Diese Frage wird nicht diskutiert, jedenfalls ist sie mir so in der öffentlichen Diskussion noch nicht begegnet, aber die Frage ist doch, ob diese Praxis, wenn

sie denn so ausfällt, mit dem siebten Gebot in Einklang zu bringen ist, dass wir nicht des Nächsten Gut begehren dürfen.

Eine weitere Frage, die ich an der Basis höre und bei unseren Gruppengesprächen in der Gemeinde, ist natürlich die Frage nach der Arbeit, dass diese Frage in den letzten Tagen, gerade am Sonntag, einen mächtigen Auftrieb durch die Gegebenheiten in Bochum erhalten hat, werden Sie verstehen. Hier, glaube ich, müssen die Kirchen darauf achten, dass sie nicht einfach nur den ökonomischen Wert von Arbeit darstellen, sondern hier müssen wir auch, wenn ich das so vielleicht formulieren darf, den anthropologischen, sittlichen Wert von Arbeit darstellen, dass Arbeit eben eine fundamentale Dimension menschlicher Existenz ist und dass in der christlichen Spiritualität die Arbeit auf der Höhe des Gebetes steht, Arbeit und Gebet, und dass Arbeit eben notwendig ist, wenn der Mensch Mensch werden soll und immer mehr Mensch werden möchte und dass er in der Arbeit nicht nur seine Talente und seine Begabungen entwickelt und Selbstbestätigung erfährt, sondern dass er in der Arbeit eben auch zum *Mitarbeiter* wird und dass die Arbeit eben die solidarischen Verbindungen schaffen.

Ich schließe mit einem Punkt, der vorhin bei der Begrüßung kurz angesprochen wurde, das ist die globale Perspektive. Wir sitzen alle in einem Boot, haben wir gehört, in Amerika sind die schrecklichen Vorgänge verursacht worden, aber als einer, der Lateinamerika kennt und liebt, der auch von der anderen Seite, von der negativen Seite her Lateinamerika kennen gelernt hat, weiß ich natürlich, wie sehr sich die derzeitige Krise auf die armen Völker auswirken kann. Bei den reichen ist das ganze in Bewegung geraten, ausbügeln müssen es sicherlich auch sehr die Armen. Das ist keine Lyrik, die ich Ihnen hier vormache im Blick auf die Armen, sondern das ist meine existenzielle Erfahrung mit den Armen in Lateinamerika und die kann ich nicht aus dem Boot lassen, wenn es um Solidarität, um globale Solidarität geht. Danke.

Prof. Dr. Wim Kösters

Ruhr Universität Bochum und Rheinisch-Westfälisches
Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen

Aus der Sicht der Wissenschaft

1. Katholische Soziallehre und Wertepluralismus

Die Katholische Soziallehre strebt bekanntlich eine gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung an und stellt bei ihren Überlegungen den Menschen als Ebenbild Gottes in den Mittelpunkt.¹ Das kommt dadurch zum Ausdruck, dass das Personalitätsprinzip die persönliche Verantwortung des einzelnen, das Subsidiaritätsprinzip die Zuständigkeit des Staates erst nach dem einzelnen und der Familie und das Solidaritätsprinzip zur Erreichung des Gemeinwohls betont. Auf diese Prinzipien soll hier nicht näher eingegangen werden, da es auf dem Podium kompetentere Teilnehmer gibt, dies zu tun. Angesichts der gegenwärtigen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist nun in letzter Zeit verschiedentlich eine Neuorientierung gefordert worden. Für viele hier bietet sich als Basis dafür natürlich sofort die Katholische Soziallehre und das mit ihr in vielerlei Hinsicht kompatible Grundmodell der Sozialen Marktwirtschaft an, mit dem wir Deutsche nach dem Krieg gute Erfahrungen gemacht haben.

So sehr man dies auch für wünschenswert halten mag, muss zunächst einmal realisiert werden, dass – zumal weltweit – Wertepluralismus herrscht und die Katholische Soziallehre nur ein Angebot unter vielen ist. Für eine allseitige Akzeptanz bestehen schon von daher hohe Hürden. Man könnte nun demgegenüber einwenden, man solle nicht von vornherein so kleinmütig sein. Denn schließlich sei es in der Vergangenheit in Deutschland gelungen, das Subsidiaritätsprinzip in der Sozialgesetzgebung zu verankern. Darüber hinaus habe es sogar Eingang

¹ Mein Interesse für die Volkswirtschaftslehre wurde indirekt von Kardinal Höffner geweckt, der seinerzeit Soziale Seminare im Bistum Münster einrichtete. Durch meine Teilnahme als Schüler habe ich die Volkswirtschaftslehre entdeckt und dieses Fach an der Universität Münster studiert und in den ersten vier Semestern parallel Katholische Soziallehre. Dieser Vortrag gibt mir Gelegenheit, einen kleinen Teil meiner Dankesschuld abzutragen.

in den Maastrichter Vertrag (Artikel 2) gefunden. Dies kann man zwar als schöne Erfolge werten. Vor zu viel Euphorie muss aber trotzdem gewarnt werden, da schon in der EU nicht überall unter Subsidiarität das verstanden wird, was man in der Katholischen Soziallehre darunter versteht. Danach kommt – wenn der einzelne ein Problem nicht mehr selbst lösen kann – zunächst die Familie, dann Verbände, dann die Gemeinde und schließlich erst der Staat als Helfer in Frage. Man geht also von unten nach oben. Bei Vorträgen in Brüssel und anderswo konnte ich allerdings verschiedentlich hören, dass Subsidiarität genau andersherum verstanden wird. So meinte z.B. ein Mitarbeiter der Europäischen Kommission, das Subsidiaritätsprinzip bedeute, dass grundsätzlich der Staat viele Probleme am besten lösen könne und wenn das offensichtlich nicht der Fall sei, könne man die Kompetenz an untergeordnete private Stellen abgeben. Er hatte also das Subsidiaritätsprinzip auf den Kopf gestellt, weil er es nicht verstanden hatte. Denn es bedeutet ja gerade nicht Zentralisierung, sondern eher das Gegenteil.

Wie der Name Katholische Soziallehre schon sagt, geht es bei ihr nicht nur um Individualethik, sondern ganz wesentlich auch um Sozialethik. Dies legt nahe zu untersuchen, ob die Krise nur durch individuelles Fehlverhalten („Gier der Banker“) verursacht worden ist oder auch durch falsche und lückenhafte Regulierung der Finanzmärkte sowie durch Staatsversagen. Auch muss gefragt werden, was Solidarität in der Krise bedeutet.

2. Zu den Ursachen der Krise

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise ist die tiefste seit der Großen Depression ab 1929. Für den Ökonomen stellt sich dabei die Frage, wie sich eine sektorale Krise in einem Land zu einer weltweiten Krise dieser Größenordnung ausweiten konnte. Bekanntlich nahm sie ihren Ausgang im Immobiliensektor der USA. Da einige Schuldner mit eher geringer Bonität („suprime“) ihre Hypothekenkredite nicht mehr bedienen konnten, standen bald ihre Häuser zum Verkauf, so dass die Immobilienpreise fielen und die Banken, die die Kredite vergeben hatten, Probleme bekamen. Das galt aber nicht nur für die Banken in den USA sondern auch für Banken in anderen Teilen der Welt. Denn die amerikanischen Banken hatten ihre Kreditforderungen nach Verbriefung weiter verkauft und es waren neue hochkomplexe Finanzprodukte (strukturierte Papiere) aus ihnen gemacht und an andere Banken in aller Welt, also auch an deutsche (IKB, Sachsen-LB, Bayern-LB etc.), verkauft worden. Als nun eine Reihe von Hypothekenschuldnern in den

USA ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten, wurden die hochkomplexen strukturierten Papiere unverkäuflich und belasteten die Bankbilanzen in aller Welt. Dies hatte zur Folge, dass sich die Banken untereinander nicht mehr vertrauten und insbesondere nach dem Konkurs von Lehman Brothers auch eine tiefe Krise der Realwirtschaft ausgelöst wurde. Damit das Misstrauen der Banken untereinander nicht die Kreditvergabe an die Unternehmen zusammenbrechen ließ, waren die Zentralbanken in der Welt gezwungen, ihre Leitzinsen zu senken und den Banken mehr Liquidität zur Verfügung zu stellen. Zudem legten die Regierungen der meisten Länder umfangreiche Bankenrettungspakete und größere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme auf, um einen tiefen Einbruch der Volkswirtschaften zu verhindern.

Wurde das alles nur ausgelöst durch die „Gier der Banker“ und ihr unverantwortliches Handeln? Obwohl die wissenschaftliche Erforschung der Ursachen und des Verlaufs der Krise noch in vollem Gange ist, kann doch schon jetzt eine differenziertere Antwort gegeben werden. Zunächst einmal ist festzustellen, dass es individuelle Fehler gegeben hat, nicht nur von Bankern und erst recht nicht aller Banker. Denn offensichtlich ist eine Reihe von Banken auch ohne staatliche Unterstützung gut durch die Krise gekommen. Individuelles Fehlverhalten muss natürlich geahndet werden. Die Verantwortlichen müssen dafür haftbar gemacht und bei Gesetzesverstößen auch vor Gericht gestellt werden. Eine Erklärung der Krise allein durch Fehler einzelner greift aber bei weitem zu kurz.

Die Unterschätzung des Risikos vieler Wertpapiere kam nämlich gerade auch dadurch zustande, dass die amerikanische Notenbank Fed unter ihrem Vorsitzenden Greenspan die Zinsen zu lange niedrig hielt und damit eine zu expansive Geldpolitik betrieb. Das weltweite Geldkapitalangebot wurde aber auch durch die z.B. von China mit verursachte Überflutung der Märkte mit Sparkapital („global savings glut“) stark ausgeweitet. Dies war nur möglich, weil China den Wechselkurs seiner Währung Yuan künstlich niedrig hielt, um noch mehr exportieren zu können. Hinzu kam die originate to distribute Praxis der Banken, vor allem in den USA, die – nicht zuletzt auch auf Druck der amerikanischen Regierung – Hypothekenkredite gerade auch an subprime-Schulder vergaben, um sie sofort wieder weiterzuverkaufen und sich damit aller Risiken zu entledigen.

All dies zeigt, dass Staatsversagen wesentlich zur Entstehung der Krise beigetragen hat. Denn die Geldpolitik ist eindeutig eine staatliche

Aufgabe und ihre falsche Ausrichtung war wesentliche Ursache der Krise. Das gilt auch für die Wechselkurspolitik Chinas, durch die schließlich zusammen mit der zu expansiven Geldpolitik die Welt mit Geldkapital überschwemmt und eine Vermögenspreisinflation ausgelöst wurde. Auch die Banken- und Finanzmarktaufsicht obliegt dem Staat. Warum haben die zuständigen Aufsichtsbehörden der originate to distribute Praxis und der durch Verbriefung geschaffenen sehr komplexen und in ihren Risiken nicht mehr einschätzbaren Wertpapieren lange tatenlos zugesehen? Die Aufsichtsräte von IKB, Landesbanken und Hypo Real Estate waren zudem ganz überwiegend von Politikern besetzt, denen die zur Krise führenden Entwicklungen doch hätten auffallen müssen.

3. Lehren aus der Krise

Prof. Karl Homann, einer der führenden Wirtschaftsethiker, hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ethik in der Wirtschaftsordnung, also in den „Spielregeln“ für das Wirtschaftsgeschehen verankert werden muss. Appelle an die Individualmoral alleine reichten nicht aus, so wichtig sie seien. Die Brandmarkung der Gier einiger Banker und überhöhter Boni für Manager allein greift daher zu kurz. Natürlich muss für eine Haftung bei unverantwortlichem Handeln und für eine Ausgestaltung der Boni gesorgt werden, die nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung um jeden Preis, sondern die langfristige, nachhaltige Entwicklung des Unternehmens belohnt.

Aus dem Subsidiaritätsprinzip folgt, bei der Neuorientierung auf der Unternehmensebene anzufangen. Hier ist zunächst die Verantwortung der Aktionäre zu sehen, die durch ihre Kontrolle dafür sorgen müssen, dass in ihrem Unternehmen keine ethisch fragwürdigen Geschäftspraktiken um sich greifen, die dann zu Krisen führen. Auch die Aufsichtsräte sind gefordert. Allerdings haben sie gerade bei den staatlichen und staatsnahen Banken (IKB, Landesbanken, Hypo Real Estate) wohl versagt. So lehnt das Aufsichtsratsmitglied der IKB, Oskar Lafontaine, jegliche Verantwortung für die Schieflage der Bank ab. Dies wirft ein Schlaglicht auf die Besetzung der Aufsichtsräte dieser Gruppe von Banken: vertreten sind ganz überwiegend aktuelle oder ehemalige Politiker. Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die Qualität der Aufsicht staatlicher und staatsnaher Banken signifikant schlechter als die der anderen sei. Denn in ersteren sind überproportional viele ohne Bank- oder Finanzmarkterfahrung, ohne Wirtschaftsstudium etc. Dem könnte schnell mit dem politischen Willen Abhilfe verschafft werden, in

Zukunft mehr Vertreter mit Sachverstand in diese Gremien zu schicken.

Ein Gebot des Solidaritätsprinzips ist es, mit der Geld- und Wechselkurspolitik sowie der Bankenaufsicht in Zukunft besser den Herausforderungen der Globalisierung gerecht zu werden. Die nationalen Politiken können nicht mehr ohne Berücksichtigung ihrer Rückwirkungen auf andere Länder konzipiert werden. Dies gilt natürlich besonders für große Länder. Wenn die amerikanische Fed oder die EZB ihre Geldpolitik zu expansiv gestalten oder China seinen Wechselkurs künstlich zu niedrig hält, kann das zur Entstehung weltweiter Krisen beitragen. Wenn ein Land seine Bankenaufsicht nur lax handhabt, werden die strengeren Vorschriften anderer Länder dadurch unterlaufen (Regulierungsarbitrage). Wegen der hohen Integration der internationalen Finanzmärkte müssen daher überall gleiche Standards bei der Bankenaufsicht gelten.

Der Konkurs großer Banken stellt ein systemisches Risiko dar. Denn dadurch greift sehr schnell die Befürchtung um sich, auch andere Banken könnten Pleite gehen. Das Vertrauen in das Bankensystem als Ganzes geht dann verloren und die Geldversorgung der Wirtschaft stockt, wodurch wiederum das Bruttoinlandsprodukt sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt. Skrupellose Bankvorstände könnten das ausnutzen und durch Eingehen hoher Risiken versuchen, ihre Bank möglichst groß zu machen, da sie dann davon ausgehen könnten, dass sie der Staat bei einer Schieflage retten müsste („too big to fail“). Dies wird in den Wirtschaftswissenschaften moralisches Risiko genannt und bedeutet nichts anderes als Ausnutzung von Solidarität. Der Staat trägt die Verantwortung für die Bankenaufsicht und muss durch kluge Bankaufsichtsregeln dafür sorgen, dass dies nicht eintritt. Es muss eine Lösung gefunden werden, wie eine Bank in Konkurs gehen kann, ohne dass dadurch das Vertrauen in das gesamte Bankensystem leidet. Gegenwärtig werden verschiedene Vorschläge hierzu diskutiert. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle darauf näher einzugehen.

Die vorhergehenden Ausführungen sollten zeigen, dass eine Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und des Solidaritätsprinzips bei einer Neuorientierung helfen könnte.

Dr. Helmut Linssen

Finanzminister NRW

Aus der Sicht der Finanzen

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der dritte Redner hat den Vorteil, dass er gut zuhören kann, um nicht das zu wiederholen, was die anderen alle schon gesagt haben. Ich glaube, dass wir über das System der sozialen Marktwirtschaft im ersten Vortrag reichlich informiert worden sind, dass wir über die Entstehung der Krise von Herrn Reckers viel gehört haben. Ich will versuchen, da fortzufahren.

Wir haben im letzten Jahr so viele, so schnelle Entscheidungen treffen müssen – das habe ich mir nie träumen lassen –, dass es gut ist, wenn man diese auf Grundlage eines Kompasses trifft. Und darum geht es ja heute eigentlich auch: Liegt den Entscheidungen die Systematik, die Idee der sozialen Marktwirtschaft zugrunde? Ich komme gerade aus Berlin, wo wir uns genau mit diesem Thema beschäftigt haben. Es geht um Bad Banks und um Auslagerung von Wertpapieren und Krediten aus Banken.

Sie haben sich über die Zockermentalität von Bankern kritisch geäußert. Dazu muss ich sagen, wenn Eigentümer einer Bank zusammen sind mit dem SoFFin – das ist die Institution, die jetzt die Banken retten soll, dieser Fonds, der eingerichtet wurde von der Bundesregierung – und wenn sie mit der Bundesregierung dann selber zu tun haben, dann zockt natürlich jeder. Denn es geht um Milliardenunterstützung auch in diesem Bereich. Das ist, glaube ich, ein sehr menschliches Phänomen.

Wir haben die Finanzkrise erlebt und erleben sie immer noch. Sie ist übergegangen in die allgemeine Wirtschaftskrise. Was ist unternommen worden?

Es ist das so genannte Finanzmarktstabilisierungsgesetz voriges Jahr um diese Zeit entstanden. Sie erinnern sich sicher noch daran. Es hat alles in allem eine Woche gedauert vom Entwurf im Kabinett bis zur Unterschrift des Bundespräsidenten. So was geht, wenn es eilig ist. Das ist auch mal ein Ausweis für Politik, dass sie tatsächlich etwas schaffen kann. Dieses Gesetz hat dazu geführt, dass etliche Banken gerettet wurden. Ich denke da an die Commerzbank, der man 16 Milliarden Kapital gegeben hat, und das ganze Drama um die HRE. Da-

mals war die Frage, ob man überhaupt eine Bank verstaatlichen kann. Sie wissen, welche Diskussionen grundsätzlicher Art in Deutschland geführt worden sind. In England, in Holland, in den USA wurde überhaupt nicht lange gefackelt, sondern dort wurde die Not gesehen und verstaatlicht. Wir haben das etwas grundsätzlicher diskutiert – wie der Deutsche nun mal angelegt ist. Ich selber habe mit der Verstaatlichung auch keine Schwierigkeiten gehabt, sage ich Ihnen ganz offen, ohne dass ich jetzt nun als Linker verschrien würde. Wenn ein Laden „pleite“ ist, dann hat eben auch der Aktionär sein Recht verloren. Vor dem Hintergrund – glaube ich – war das in diesem Fall (HRE) auch die richtige Lösung.

Dann haben wir dieses Finanzmarktstabilisierungsgesetz weiterentwickelt. Es ist ein Wortungetüm erster Güte entstanden, das Finanzmarktstabilisierungsförderungsgesetz. Es wurde im Deutschen Bundesrat im Juli verabschiedet. Es handelt im Grunde genommen von den Bad Banks, wenn ich es mal etwas einfacher ausdrücken darf: Es bietet die Möglichkeit, Banken zu befreien, indem man Papiere/Kredite in eine Zweckgesellschaft auslagert oder aber in eine Anstalt. Warum macht man das? Das war ja eine der Fragen. Die kann ich vielleicht auch aus meiner Sicht beantworten. Da wird nicht die Verantwortung von einem Eigentümer auf den Staat oder auf andere verlagert. Die Idee ist, dass die Eigentümer dieselben bleiben, aber die Banken nicht der täglichen Abwertung unterliegen, die sie sonst in ihren Monatsbilanzen oder Quartalsbilanzen abbilden müssen. Sie können stattdessen die Papiere auslagern. Dann haben sie im Grunde eine Bilanzierung nach dem alten Handelsgesetzbuch und es kommen nur die tatsächlichen Verluste an, die diese Papiere erleiden. Denn es handelt sich ja bei den Abwertungen „auf der Bilanz“ um Buchverlust, der da kreierte wird. Es ist kein tatsächlich eingetretener Verlust. Die Rating-Agenturen werten diese Papiere permanent ab – jetzt sind sie ja klug und besonders vorsichtig geworden – und die Banken müssen dies alles nachvollziehen. Dieser Buchverlust kostet wahnsinnig viel Eigenkapital, denn die Banken müssen die Verluste in den Bilanzen durch Eigenkapital ersetzen, wenn sie ihre Kernkapitalkennziffern halten wollen.

Hier sind die Banken unterschiedliche Wege gegangen. Nehmen wir einmal die Landesbanken. In Bayern wurden zehn Milliarden Euro in die Bank gegeben. Ich behaupte, das Geld hätte man besser im Kamin verbrannt, dann hätte man wenigstens noch ein bisschen Wärme gehabt, denn das Geld sehen die Bayern nie wieder. Darüber hinaus

haben die Bayern auch noch fünfzehn Milliarden Euro an Garantien gegeben, um die Bank zu retten. In Baden-Württemberg wurde lange „toter Mann“ gespielt. Das können sie bei einer öffentlich-rechtlichen Bank relativ gut, weil sie nämlich nur einmal im Jahr ihre Bilanzen auflegen. Die WestLB dagegen ist eine Aktiengesellschaft – das bedeutet Quartalsberichte, permanent „die Hose runterlassen“ – und stand deshalb – auch wegen anderer Sachen, die will ich nicht alle hier ausführen – sehr früh im Fokus des Interesses. Mittlerweile hat sich das verlagert. Die Bayern stehen im Fokus, die Baden-Württemberger, die fünf Milliarden Kapital und dreizehn Milliarden Garantien gegeben haben, die Hamburger, die ihrer Bank drei Milliarden Kapital und mit Schleswig-Holstein zusammen elf Milliarden Garantien gegeben haben. Wir haben der WestLB AG fünf Milliarden Garantien gegeben und davon sind bisher an tatsächlichen Verlusten angefallen: 280 Millionen Euro. Das sind 280 Millionen Euro zuviel, aber ich erinnere an das ganze Milliardenenspiel, was Ihnen vorgeführt wurde. Ihnen flogen ja die „Milliarden“ nur so um die Ohren im letzten Jahr, das war ja die kleinste Währung überhaupt.

Es ist also nicht so, als wäre das Geld jetzt weg. Das war auch ein großes Problem beim Finanzmarktstabilisierungsgesetz: es ging durch den Äther: „480 Milliarden werden jetzt den Bankern und den Banken in den Hintern geschoben“. Ich drücke das jetzt mal ein bisschen salopp aus. Überall, wo ich hinkam, wurde ich gefragt: „Hast du uns auch einen Schirm mitgebracht? Ihr habt doch jetzt den Bankenschirm gegeben.“ Es gab die Vorstellung, dass 480 Milliarden auf einmal aus den Haushalten zur Verfügung gestellt worden sind. Völliger Blödsinn natürlich, denn von den 480 Milliarden waren 400 Milliarden Garantien. Diese sind ausgesprochen worden, damit Banken sich gegenseitig wieder vertrauten. Denn mit einer Garantie des Staates für ihre Emissionen haben sie natürlich ein ganz anderes Standing „draußen“. Diese Garantien haben dazu geführt, dass auch die Banken sich mittlerweile wieder, ich würde sagen einigermaßen, vertrauen. Es ist noch nicht alles so wie früher, aber die Garantien waren im Grunde das Schmiermittel, um dieses Vertrauen, was nun völlig zerbrochen war, wieder entstehen zu lassen. Die Banken haben sich ja gegenseitig kaum noch über Nacht Geld geliehen, ja, geschweige denn für einen Monat oder für drei Monate. Insofern waren die Garantien völlig richtig. Ich selber bin davon überzeugt, dass von diesen 400 Milliarden kaum welche in Anspruch genommen werden.

Die Bad-Bank-Geschichte wird uns weiter beschäftigen. Bisher ist die WestLB die einzige, die sich damit beschäftigt, aus dem ganz einfachen Grunde, weil hier keiner Kapital geben möchte, sondern weil wir Garantien geben möchten. Mit Garantien kaufen sie sich Zeit, weil die Abwicklung dieser Papiere über eine ganz lange Zeit läuft und die Garantien dann eben nur die tatsächlichen Verluste erleiden müssen, nur in Anführungsstrichen.

Ich möchte nach den Finanzmarktstabilisierungsgesetzen nun zu den dann aufgelegten Konjunkturprogrammen kommen. Da können Sie sagen: „Sünde wider den Geist“. Das ist die alte keynesianische Politik. Keynes war Volkswirt, ein großer, berühmter Nationalökonom und er hat in den sechziger Jahren vor allen Dingen in der Politik viel Widerhall gefunden. Damals – wir sind ja hier im Durchschnittsalter etwas höher als sonst, deshalb wissen Sie das alles – haben Plisch und Plum, Karl Schiller und Franz-Josef Strauß, diese Philosophie in den Verfassungen verankert, in allen Länderverfassungen und in der Bundesverfassung. Sie haben damals, 1968, auch ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gemacht, was genau diesen Geist atmete. Die Verschuldung, meine Damen und Herren, ist ab Ende der sechziger Jahre galoppierend nach oben gegangen, weil immer wieder Konjunkturprogramme aufgelegt wurden. Jedes Mal stiegen die Schulden an. Die Zinsen schnürten einem den Hals zu.

Dieses Thema hat dann dazu geführt, dass wir uns, das Stichwort ist gefallen, über eine Schuldenbremse auf Bundesebene unterhalten haben. Was ist der Hintergrund? Der Hintergrund ist, dass wir mittlerweile 1,7 Billionen Schulden haben, auf allen Ebenen des Staates und in den Versicherungssystemen, und dass wir nach den mittelfristigen Finanzplanungen stramm auf zwei Billionen zulaufen. Nun kann man sagen, der Staat kann nicht pleite gehen, er kann sich ja weiter verschulden. Aber wir zahlen ja schließlich Zinsen. Deshalb zum Zins- und Zinseszins-Thema: die Grenze der Verschuldung ist erreicht, wenn einem die Zinsen irgendwann den Hals zuschnüren. Das heißt, man hat kein Geld mehr für andere, eigentlich wichtigere Aufgaben. Wegen der ständig steigenden Verschuldung haben wir gerade auf dem Höhepunkt dieser Konjunkturprogramme – 80 Milliarden für die zwei Jahre 2009 und 2010 – die Schuldenbremse verabschiedet. Die beiden Jahre 2009 und 2010 sind diejenigen, in denen nach wie vor expansive Politik betrieben wird. Aus meiner Sicht zu Recht. Ich hätte mir allerdings nie träumen lassen, dass ich jemals keynesianische Politik hätte machen müssen. Denn von Konjunkturprogrammen habe ich nie etwas gehal-

ten, um es klar und deutlich zu sagen. Aber diese Krise ist so gravierend, sie ist zum ersten Mal global und gleichzeitig verlaufen. Wenn Sie eine rein nationale Krise in Deutschland haben, dann gibt es immer noch Exportmärkte, die gut funktionieren und die Exportwirtschaft stützen. Oder aber wenn Sie Probleme im Ausland haben, die im Export Einbußen verursachen, dann funktioniert zum Beispiel immer noch die Binnenkonjunktur.

Zur Frage, die am Anfang gestellt wurde „Wer leidet darunter?“, der Konsum generell in Deutschland läuft gut. Er läuft relativ gut und wird ein Plus haben. Wir haben insgesamt aber ein Minus von fünf Prozent, mindestens fünf Prozent beim Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr, also ein so genanntes Minuswachstum. Sie kennen diese wunderschöne Formulierung, die irgendwann mal kreierte worden ist.

Daher fahren wir also expansive Haushalte in den Jahren 2009 und 2010. Das habe ich vorhin ja auch gesagt. Die Sachverständigen sagen alle, ihr müsst es tun, weil sonst dieses zarte Pflänzchen Konjunktur, was wir jetzt haben, abgewürgt würde. Wenn Sie hören, dass wir im nächsten Jahr statt 0,5 Prozent Wachstum 1,2 Prozent Wachstum haben, dann würde man sagen: 1,2 Prozent ist normal, wenn Sie auf einem hohen Niveau sind. Nur, wir gehen von einem abgesenkten Niveau von 95 Prozent aus und es wird länger dauern, bis wir wieder den Level von 2008 erreicht haben. Wir steuern eben mit diesem Konjunkturprogramm, mit expansiven Haushalten dagegen. Deshalb laufen die Haushalte im Moment völlig aus dem Ruder und deshalb ist es höchste Zeit, dass wir 2011 anfangen müssen, wieder auf den Pfad der Tugend zurückzukommen. Die Schuldenbremse für den Bund besagt, dass er 2016 nur noch – in Anführungsstrichen – 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das sind zehn bis zwölf Milliarden, Schulden machen kann.

Jetzt müssen Sie sich vorstellen, wie die Koalitionsverhandlungen gelaufen sind. Sie haben jetzt 86 Milliarden Neuverschuldung für 2010 – diese Zahl haben Sie gelesen, sie wurde von Steinbrück vorgetragen. Zwischendurch war man der Meinung, vielleicht müssen es 100 Milliarden werden. Bundesfinanzminister Schäuble hat gesagt, ich will bei 86 Milliarden landen. Klar, jeder Finanzminister hat das Bemühen, nicht als der höchste Verschuldner in die Geschichte einzugehen – das wollte er Herrn Steinbrück überlassen. Das Ziel ist also von 86 Milliarden in 2010 runter auf 12 Milliarden bis 2016 zu kommen. Was meinen Sie, was das für eine Arbeit ist. Aber dieser Zwang ist verankert im Grundgesetz, weil wir dies mit einer verfassungsändernden Mehrheit in der

großen Koalition im Sommer noch geregelt haben. Die Länder haben zugesagt, ab 2020 eine Nettoneuverschuldung von Null zu erreichen. Nun kann ich Ihnen sagen, wir hatten das von 2006 bis 2008 in NRW praktisch geschafft, von 6,7 Milliarden Nettoneuverschuldung jährlich in 2003, 2004 und 2005 runter zu kommen auf 1,1 Milliarden und gleichzeitig eine Rücklage von 1,3 Milliarden für Finanzmarktrisiken zu bilden. Also praktisch eine Nettoneuverschuldung von null. Mit der Schuldenbremse aber wird das gesetzliche Verpflichtung. Deshalb muss jeder wissen, dass er diese Schuldenbremse auch anwenden muss.

Was die Regeln für Finanzmärkte angeht, so sind die meisten Änderungen, die natürlich kommen müssen, von Herrn Reckers genannt worden. Soziale Marktwirtschaft ist schließlich nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern es ist ein Gesellschaftssystem. Vor dem Hintergrund wollen wir die Dynamik der Märkte, aber wir wollen auch Verantwortung. Wo der einzelne sie nicht trägt, muss er strammen Regeln unterworfen sein. Wir haben alles geregelt bei uns in Deutschland. Sie wissen, wie wir Märkte regeln, wie wir Produkte regeln. Da gibt es die TÜVs und alles, was man überhaupt machen kann. Aber internationale Finanzmarktprodukte waren im Grunde genommen nicht geregelt, um es klar und deutlich zu sagen. Und das ist ein Versäumnis, auch bedingt dadurch, dass wir natürlich eine andere Philosophie als die Angloamerikaner haben. Dort wird immer gesagt, freier Markt, freies Denken und bitte, „Regeln wollen wir nicht“. Frau Merkel hat versucht, seinerzeit bei dem Gipfel in Heiligendamm, das Thema nach vorne zu bringen. Daran war überhaupt nicht zu denken. Ich sage Ihnen, wir müssen jetzt die Chance nutzen, auch die Regeln global zu verankern. Denn nichts ist so kurz wie das Gedächtnis des Publikums, ja, und auch der Akteure. Und je weiter wir von der Krise entfernt sind, desto leichter geht es, einfach so weiter zu machen wie bisher. Es ist wichtig – ich will nur einen Bereich rausnehmen –, dass zum Beispiel die Verbriefung von Krediten adäquat mit Eigenkapital unterlegt werden muss. Ich werde darauf nur kurz eingehen. Reihenweise wurden Kredite verbrieft und ohne eigenes Risiko wieder verkauft und an den nächsten weiter verkauft. Wichtig ist, dass man ein eigenes Risiko dabei eingeht. Es muss mit Eigenkapital unterlegt werden, ansonsten wird sich das nie ändern. Eine solche Vorschrift, meine ich, müssen wir haben. Dass wir bei der Bilanzierung etwas tun müssen, dass wir natürlich Rating-Agenturen anders an die Kandare nehmen müssen als bisher, ist klar.

Vorhin ist gesagt worden, die Aufsichtsräte haben geschlafen. Ich glaube, es wurde gesagt, eine Untersuchung liege vor, dass es an den

allesamt politisch besetzten Aufsichtsräten läge. Nun, öffentlich-rechtliche Banken sind wie Sparkassen mit vielen Politikern besetzt, das ist richtig. Aber zur Ehrenrettung der WestLB muss ich folgendes mal sagen: Steinbrück hat seinerzeit bei der Trennung der Westdeutschen Landesbank in die öffentlich-rechtliche NRW.BANK, Förderbank des Landes, und eine Aktiengesellschaft, eine rein marktorientierte Bank, darauf Wert gelegt, dass dort kein Politiker reinkommt. Im Aufsichtsrat der WestLB AG saßen nur Leute aus der Wirtschaft. Also insofern bin ich mal gespannt, wie ihre Untersuchung insoweit aussieht – die würde mich interessieren, denn so einfach geht das nicht. Bei den Bayern stimmt das. Größtenteils auch für Baden-Württemberg. Ich habe mir die Aufsichtsräte alle angeguckt, denn man kennt ja die meisten seiner Pappenheimer. Als bei der WestLB einer ausfiel, das war zum Beispiel Herr Mehdorn, ist mein Vorgänger Herr Dieckmann in den Aufsichtsrat gegangen und hat es im Grunde genommen richtig gemacht. Ich habe das auch damals unterstützt als Oppositioneller, denn einer muss wenigstens noch vom Eigentümer im Aufsichtsrat drin sein, damit er weiß, was los ist. Ansonsten dürfen Sie ja fast gar nicht informiert werden über Aufsichtsräte, was da passiert. Und insofern sitzt bei uns nur ein Politiker, einer von den Gescholtenen, im Aufsichtsrat der WestLB und das bin ich.

Meine Damen und Herren, diese Feinabstimmung zwischen Personalität, Subsidiarität und Solidarität, alles das, was im ersten Vortrag genannt wurde, das muss im Grunde genommen immer wieder neu abgestimmt werden. Das ist die Aufgabe der Politik und das macht viel Spaß. Dankeschön.

Dr. Hans Reckers

(nach Tonaufnahme verschriftlicht)

Aus der Sicht der Wirtschaft

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann an Herrn Kösters gut anschließen, weil eine Überliquidität eine wesentliche Ursache der Krise darstellt. Die weltweite Überliquidität, die wir gehabt haben, die eine Ursache hatte in niedrigen Notenbankzinsen. Niedrige Notenbankzinsen waren möglich und sind auch so begründet worden, weil die Hauptaufgabe der Notenbanken, die Endverbraucherpreise niedrig zu halten, durch die Globalisierung erleichtert wird. Im globalen Wettbewerb lassen sich Preissteigerungen schwieriger für die Anbieter realisieren, weil der weltweite Wettbewerb das ausgleicht. Vor der Krise gab es Vermutungen, ob eine Überliquidität vielleicht ausbrechen könnte bei den Hedgefonds, Sie werden sich an die Diskussion erinnern, denn die Bundesregierung hat ja auch Initiativen einleiten müssen, um die Hedgefonds zu steuern.

Zur Erläuterung:

Hedgefonds sind keine Banken, sondern private Fonds, die Eigenkapital einsammeln und damit dann investieren. Man kann sagen, es ist eine besondere Art von Investmentfonds, die ein erhebliches Volumen angenommen hatten, die unreguliert sind und die auch mit einer hohen Schuldenquote arbeiten. Die Krise ist dann ausgebrochen bei amerikanischen Hypothekenkrediten, den Subprimes. Wir haben im Juli und August 2007 dann erlebt, dass blitzartig ganze Finanzlinien austrocknen. Bis heute haben wir noch den Zustand, dass Wertpapiere in Höhe von Billionen trotz laufender Zinszahlungen keine Käufer finden. Diese Märkte sind praktisch eingefroren. Das hat dann dazu geführt, dass in wesentlichem Umfang Abschreibungen vorgenommen werden mussten. Es ist unklar, welcher Vermögensschaden letztlich entsteht. Es bleibt die Hoffnung auf Wertaufholungspotentiale. Irgendwann werden die Märkte für diese Wertpapiere wieder in Gang kommen. Zu den internationalen Finanzmärkten gehört auch ganz wesentlich, dass die internationalen Investoren blitzschnell ihre Investitionen umschalten. Wir haben erlebt, dass in einem sehr hohen Volumen Finanzlinien

ausgetrocknet sind. Abschreibungen mussten vorgenommen werden. Das Eigenkapital ist aufgezehrt worden.

In der ersten Runde der Finanzkrise, vor dem Zusammenbruch der Lehman-Bank gab es noch international Eigenkapitalinvestoren, insbesondere arabische und asiatische Staatsfonds. Nach dem Zusammenbruch von Lehman gab es keine Eigenkapitalinvestoren mehr und es mussten die Staaten die Bankenrettungsprogramme auflegen, z.B. SoFFin in Deutschland, und Eigenkapital in die Banken investieren, zum Beispiel 16 Milliarden Euro in die Commerzbank, oder in hohem Umfang Liquiditätsgarantien aussprechen, z.B. Hypo Real Estate etwa 100 Milliarden Euro.

Wir sind jetzt intensiv an Konzepten, wie man mit den schlechten Assets (Vermögenswerten), also diesen eingefrorenen Wertpapieren umgeht. Es werden verschiedene Konzepte entwickelt. Manche Banken werden geteilt werden, um diese Werte in so genannten Badbanken aufzufangen.

International haben erhebliche Bemühungen begonnen, den Ordnungsrahmen weiterzuentwickeln. Es gehört ja wesentlich zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft, inspiriert auch durch die katholische Soziallehre, dass es einen Ordnungsrahmen geben muss, der sich auf alle Regionen beziehen soll. Das zielt auf die Offshore-Zentren, auch so genannte Steueroasen, kleine Inseln zum Teil mit eigener Staatlichkeit, die eben in erheblichem Umfang Sitz von Finanzinstituten geworden sind. Die Regulierungsvorschläge beziehen sich auch darauf, dass alle Akteure einbezogen werden sollen, also zum Beispiel auch Rating-Agenturen und alle Marktsegmente. Der Derivatehandel soll in Zukunft über Clearing-Häuser abgewickelt werden, damit er transparenter ist und die Aufsicht gestärkt wird. In Deutschland soll die Aufsicht bei der Bundesbank konzentriert werden. Weiterhin werden die europäischen Aufsichtsinstitutionen gestärkt. Bei der Europäischen Zentralbank wird ein Risikorat eingerichtet. Mit diesen Maßnahmen wird eine Stärkung des Ordnungsrahmens realisiert.

Ich glaube, dass die Finanzkrise auch zeigt, dass es wichtig ist, dass wir im Finanzsystem Balancen haben, gemischte Strukturen. Man sieht eben die Unterschiede, dass einlagenfinanzierte Banken weit stabiler sind als Banken, die sich über die Kapitalmärkte refinanzieren. Wir brauchen eine Pluralität der Rechtsformen. Ich denke, dass unser Dreisäulensystem – private Banken, genossenschaftliche Banken, öffentliche Banken – in der Krise auch besser dasteht als das Banken-

system anderer Länder. Und es spricht sicher auch viel dafür, dass die Altersvorsorge, wie es in manchen Ländern der Fall ist, eben nicht zu stark von Kapitalmärkten abhängig gemacht wird, sondern dass wir ein Mischsystem haben von Umlagefinanzierung der Altersvorsorge mit zusätzlichen Elementen der privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge.

Wir kommen jetzt in eine Situation, in der die öffentliche Verschuldung sehr stark ansteigt, in Deutschland wohl etwa auf 80 % des Bruttonationalprodukts, 60 % Schuldenstand zum Bruttonationalprodukt war die Maastricht-Grenze. Wir sind ja jetzt noch in einer Situation, dass die Staaten sich relativ günstig finanzieren können an den Kapitalmärkten. Der Zinsdienst wird erheblich ansteigen. Eine wichtige sozialethische Dimension ist die Generationengerechtigkeit. Die Lasten dürfen nicht zu stark auf die nächste Generation abgewälzt werden. Deshalb ist es sehr wichtig, das erleichtert die Schuldenbremse, die ins Grundgesetz eingeführt wird, dass in Zukunft die Neuverschuldung bis auf null zurückgeführt werden muss.

Ein letzter wichtiger Punkt. Ich glaube, dass der Euro, unsere gemeinsame europäische Währung, in dieser Krise eine wichtige Bewährungsprobe bestanden hat. Wir haben erlebt, dass sich die Risikoprämien für Staatsanleihen in Europa sehr unterschiedlich entwickelt haben, aber der Euro als Währung war in keiner Situation bedroht. Wir haben seit zehn Jahren die gemeinsame europäische Währung und sie hat in dieser Finanzkrise eine wichtige Bewährungsprobe bestanden. Ich sehe zwei wichtige Folgerungen aus der Krise, die im Vordergrund stehen müssen.

Die Notenbanken müssen in Zukunft auch durch höhere Zinsen vermeiden, dass sich eine Überliquidität aufbauen kann. Die Schwierigkeiten bestehen darin, dass wir in der Krise die Zinsen nicht erhöhen können. Wir können auch die Eigenkapitalanforderungen an die Banken nicht erhöhen, weil das die Krise verschlimmern würde und eventuell eine Kreditklemme auslösen könnte.

Das zweite ist, ich habe Elemente davon aufgeführt, der Ordnungsrahmen muss erweitert werden und er muss das Finanzsystem im Ganzen erfassen.

Ich will deutlich sagen, es gibt keine Garantie, dass wir in Zukunft keine Finanzkrise erleben werden. Dies ist die erste große globale Finanzkrise, wir haben in dynamischen Märkten natürlich immer wieder Überreibungen.

Wir haben es erlebt mit der Internetkrise in Deutschland, mit regionalen Krisen, z.B. Argentinienkrise und Russlandkrise. Die Vermeidung von Überliquidität durch ein höheres Zinsniveau und die Erweiterung des Ordnungsrahmens müssen die Gefahr von Finanzkrisen wesentlich vermindern. Vielen Dank.

Schlusswort

Bernd-M. Wehner

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

unter dem Motto „**Finanz- und Wirtschaftskrise – Neuorientierung auf der Basis der katholischen Soziallehre?**“ haben wir, das heißt die KKV-Diözesanverbände Essen, Aachen, Köln, Münster und Paderborn, der KKV-Fördererkreis für Bildungsarbeit sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Dortmund, Sie heute zu unserem alljährlichen KKV-Herbstforum ins Haus der Technik nach Essen eingeladen.

Es ist bereits die 16. große Veranstaltung, die wir gemeinsam mit großem Erfolg durchführen. Dazu haben Sie durch Ihre Anwesenheit entscheidend beigetragen.

Beigetragen haben dazu natürlich auch unsere Podiumsteilnehmer:

- Weihbischof em. **Dr. Franz Grave**, Bistum Essen
- **Prof. Dr. Wim Kösters**, Mitglied des Vorstands des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, RWI, Essen
- Minister **Dr. Helmut Linssen**, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- **Dr. Hans Reckers**, ehemaliger Präsident der Landeszentralbank Hessen, ehemaliges Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank

und unsere Moderatorin

- **Jona Teichmann**, WDR Studio Dssd, Leiterin der Hörfunk-Programmgruppe Regionales

Sie haben die Thematik aus jeweils unterschiedlichen Blickwinkeln behandelt und entsprechend Stellung bezogen.

Mit unseren Herbstforen bieten wir immer wieder eine Plattform für aktuelle Themen.

Dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise diesmal Thema war, lag natürlich auf der Hand. Weil aber diese Krise auch eine Kulturkrise ist, ist ihr natürlich mit ökonomischen Analysen und wirtschaftstechnischen Reparaturen allein nicht beizukommen. Von daher kam uns die

jüngste Sozialenzyklika unseres Papstes „Caritas in veritate“ wie gerufen.

Wer, wenn nicht ein katholischer Sozialverband wie der KKV, könnte hierfür die entsprechenden ethischen Impulse geben?

Weihbischof **Franz Vorrath** hat zu Recht in seinem Grußwort darauf hingewiesen, „dass wir als Christinnen und Christen nicht zulassen dürfen, dass vermeintliche wirtschaftliche Zwänge und vordergründiges Fortschrittsdenken zur Abschaffung moralisch-ethischer Traditionen und Werte führen“.

So stellt sich auch die Frage, wie wohl ein **Beichtspiegel** für die in der Finanzwirtschaft Tätigen aussehen müsste?

- Gibt es überhaupt eine ethische Richtschnur für Gutachter?
- Wo beginnt Korruption und Kriminalität, wenn Bestnoten als Basis für weltweite Käufe und Verkäufe eigennützig leichtfertig vergeben werden?
- Gibt es also eine (auch zu sanktionierende) Schuld im rechtlichen Sinn?
- Welchen Anteil hat die Bank, die dem Gutachten und der Wertfeststellung „gutgläubig“ gerne und ohne Zweitgutachten (in Deutschland vorgeschrieben) gefolgt ist und damit schnelles Geld verdiente?

Damit sind moralische aber auch juristische Fragen aufgeworfen, die bisher kaum gestellt wurden. Hier ist auch der KKV als katholischer Sozialverband in besonderer Weise gefordert.

Auswüchse der Globalisierung erfordern Rückbesinnung auf ethische Werte

Die bisherigen Auswüchse der Globalisierung erfordern daher eine Rückbesinnung auf grundlegende ordnungspolitische und sozialetische Überlegungen. Deshalb muss die künftige Gestaltung der internationalen Ordnung nach unserer Auffassung auch im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft erfolgen. Geistiger Nährboden hierfür ist das christliche Verständnis vom Menschen. Hierzu kann, wie wir auch heute wieder gehört haben, die katholische Soziallehre einen großen Beitrag leisten.

So schreibt beispielsweise **Papst Benedikt XVI.** in seiner jüngsten Enzyklika zur Problematik des Gewinns in Ziffer 21: *„Die ausschließliche Ausrichtung auf Gewinn läuft, wenn dieser auf ungute Weise erzielt wird und sein Endzweck nicht das Allgemeinwohl ist, Gefahr, Vermö-*

gen zu zerstören und Armut zu schaffen.“ Treffender kann man es m.E. kaum formulieren.

Und wenn Sie wissen möchten, was aus Sicht der Soziallehre die Aufgaben eines Unternehmens sind, brauchen Sie nur im „**Kompodium der Soziallehre der Kirche**“ unter dem Stichwort „Das Unternehmen und seine Ziele“ nachzulesen.

Hier heißt es in Ziffer 339: „*Den Angehörigen des Unternehmens muss bewusst sein, dass die Gemeinschaft, innerhalb deren sie tätig sind, ein Gut für alle und keine Struktur darstellt, die ausschließlich dazu da ist, die persönlichen Interessen Einzelner zu befriedigen*“.

Was hindert uns daran, dies immer wieder anzumahnen?

Von daher freue ich mich ganz besonders, dass der neue Ruhrbischof, **Franz-Josef Overbeck**, dem wir an dieser Stelle ein herzliches „Glück auf“ und vor allem Gottes Segen für sein neues Amt wünschen, sich „vor allem auch als bischöfliche Stimme der katholischen Soziallehre in einer Gegend unseres Landes und in Europa, die vor vielen Herausforderungen steht und die auch viele schon bestanden hat“, sieht.

Der KKV im Bistum Essen aber auch der KKV-Bundesverband, der seinen Sitz ja auch in der Ruhrmetropole Essen hat, steht Ihnen hierbei ohne wenn und aber zur Seite.

Dank an Podiumsteilnehmer und Moderatorin

Liebe Frau Teichmann, sehr geehrte Herren, auch diesmal gibt es als kleines Dankeschön wieder den neuen Wirtschaftskalender. Mit flotten Sprüchen, verlässlichen Informationen aus der Wirtschaft und amüsanten Zeichnungen von Erik Liebermann

Darüber hinaus danke ich Herrn Dr. Martin Reuber für die Unterstützung, die uns die Konrad-Adenauer-Stiftung gewährt hat. Herrn Georg Konen danke ich für die finanzielle Beteiligung des KKV-Fördererkreis für Bildungsarbeit.

Mein weiterer Dank gilt Herrn Reinhard Schaffrick, dem Vorsitzenden und ganz besonders Margarethe Ziolkowski, der Sekretärin des KKV-Diözesanverbandes Essen, für die hervorragende Vorbereitung und Organisation des Herbstforums.

Bitte merken Sie sich schon jetzt den Termin unseres nächstens Herbstforums vor: Es findet statt am Montag, dem 08.11.10, zur selben Zeit und am selben Ort. Wir freuen uns schon jetzt auf Ihr Kommen.

Ein Verband stellt sich vor

Die Mitglieder des 1877 in Mainz gegründeten Verbandes KKV – Katholisch Kaufmännischer Verein (1965 umbenannt in KKV – Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung) sind aufgeschlossene, verantwortungsbewusste Männer und Frauen, die sich der gesellschaftlichen Mitte zugehörig fühlen: Selbständige, unternehmerisch Tätige, Kaufleute, Beamte, Angestellte und Techniker, sowie Auszubildende und Studenten – Jung-KKV – und nicht mehr im Erwerbsleben Stehende aus Berufen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die KKV-Orts- und Diözesangemeinschaften bieten Informationen und Deutungen zu kirchlichen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Veränderungen, geben Wegweisung in kritischer Zeit.

Glaube und Kirche, Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und soziale Ordnung, Ehe und Familie, Beruf und Arbeitswelt, Bildung, Kultur und Freizeit und nicht zuletzt Pflege der Gemeinschaft sind Themen und Anliegen, denen sich der KKV verpflichtet fühlt.

Der KKV möchte seinen Mitgliedern kein Freizeitprogramm, sondern ein Lebensgestaltungsprogramm bieten. Dazu treffen sich KKVer/Innen mit ihren Familien mindestens einmal im Monat zu Vorträgen, Diskussionen, Besichtigungen, Fahrten, Exkursionen. Vor allem soll jeder Gemeinschaft erfahren. Die Geselligkeit kommt nicht zu kurz, weil Freude und menschliche Begegnung zu einem sinnerfüllten Leben gehören.

Der KKV will motivieren, über Glaubensfragen nachzudenken. Die heutigen Probleme bedürfen mutiger Christen, die bekennend ihre Wege gehen. Auch Ihre Impulse sind uns wichtig. Offenheit und Freundschaft sind Orientierung für unser Leben. Junge Erwachsene finden eine lebendige und frohe Gemeinschaft im Jung-KKV.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann sprechen Sie uns an, oder rufen Sie an.

Geschäftsstellen:

KKV-Diözesanverband Essen e.V.
Margarethe Ziolkowski
Bismarckstraße 61
45128 Essen
Telefon und Fax: 0201 770243

KKV-Diözesanverband Köln
Sigrid Arck
Alfred-Bucherer-Str. 53
53115 Bonn
Tel.: 0228 623949

KKV-Diözesanverband Münster
Norbert Gebker
Rosenstr. 16
48143 Münster
Tel.: 0251 495477

KKV-Diözesanverband Paderborn
Frank Fröhlich
Wiesenbach 53
33611 Bielefeld
Tel.: 0521 81577

Bisher erschienene Dokumentationen

1. Mittelstand in Europa
Das christliche Menschenbild als Chance für Wirtschaft und Gesellschaft
(KKV-Europaabend am 5.12.1994
im Vorfeld des EU-Gipfels im Dezember in Essen)
2. Business Reengineering
Radikales Konzept zur Unternehmensorganisation
Chance für den Standort Deutschland
Herausforderung für die Wirtschaftsethik
(KKV-Herbstforum am 13.11.1995 in Essen)
3. Steuerreform und Mittelstand
Nimmt der Staat mehr, als des Staates ist?
(KKV-Herbstforum am 4.11.1996 in Essen)
4. Strangulierung durch Regulierung
Schafft die Bürokratie (die) Selbständigkeit?
(KKV-Herbstforum am 10.11.1997 in Essen)
5. Soziale Sicherung grenzenlos?
Eigenverantwortung oder Solidarität
in Deutschland und Europa.
(KKV-Herbstforum am 9.11.1998 in Essen)
6. Die neue Welt der Information
Chancen für den Mittelstand
(KKV-Herbstforum am 8.11.1999 in Essen)
7. Soziale Gerechtigkeit – Nur eine Frage des Geldes?
(KKV-Herbstforum am 13.11.2000 in Essen)
8. Arbeit in neuer Selbständigkeit
Gewandelte Formen zwingen zum Umdenken
(KKV-Herbstforum am 12.11.2001 in Essen)

9. Bildung und Arbeit
Erwartungen und Forderungen an das Schulsystem und die Arbeitswelt
(KKV-Herbstforum am 4.11.2002 in Essen)
10. Quo vadis Deutschland?
Was bringt die wirtschaftliche und soziale Zukunft?
(KKV-Herbstforum am 17.11.2003 in Essen)
11. Ist die deutsche und europäische Wirtschaft gerüstet, um Partner und Mitbewerber der amerikanischen und asiatischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu sein?
Wie stellt sich NRW diesen Herausforderungen?
(KKV-Herbstforum am 8.11.2004 in Essen)
12. Ist die Deutsche Wirtschaft auf die demographische Entwicklung vorbereitet? weniger + älter = ärmer?
(KKV-Herbstforum am 7.11.2005 in Essen)
13. Energie – Sicherheit, Abhängigkeit, Alternativen
(KKV-Herbstforum am 13.11.2006)
14. Kann der Staat Pleite gehen? – Die Rückführung der Staatsverschuldung
(KKV-Herbstforum am 12.11.2007)
15. Ein asiatisches Jahrhundert? Globalisierung und ihre Folgen.
Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben wir?
(KKV-Herbstforum am 10.11.2008)

Herausgegeben vom

Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung

Diözesanverbände Essen e.V., Aachen, Köln, Münster, Paderborn
Essen, 2009

Der Nachdruck von Textbeiträgen ist kostenlos.

Quellenangaben und Belegexemplare werden erbeten.

Redaktionsanschrift: KKV-Diözesanverband Essen e.V.
Bismarckstr. 61
45128 Essen
Tel. + Fax: 0201 770243
E-Mail: kkv-dv-essen@t-online.de
Internet: www.kkv-essen.de